



## Pressemitteilung

des CDU Stadtverbands Gießen

### **CDU fordert Waffenverbotszone für Gießener Innenstadt**

#### **Christdemokraten besorgt über vermehrte Anzahl an Messerangriffen in Gießen.**

GIESSEN. Die in der Gießener Stadt in letzter Zeit deutlich angestiegene Anzahl an Delikten mit Messern beobachtet der Stadtvorstand der CDU Gießen mit größter Sorge. „Die Polizei in Gießen zählte 2010 im Landkreis und in der Stadt noch 53 Straftaten mit Messer. 2020 waren es bereits 175. Dieser Verdreifachung muss mit rechtlichen und politischen Mitteln begegnet werden“, fasst der Vorsitzende des Stadtverbands und Landtagskandidat Frederik Bouffier zusammen. Erst am vergangenen Wochenende ist es im Gießener Seltersweg zu einem erneuten Messerangriff gekommen, wie der Lokalpresse zu entnehmen war. Konkret fordert die Union eine Waffenverbotszone nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Wiesbaden, deren praktische Anwendung vor Ort positiv aufgenommen worden sei und den Behörden weitreichendere Befugnisse ermöglicht. Auch hat der Wiesbadener Polizeipräsident die dortige Waffenverbotszone kürzlich im Gespräch mit der FAZ als Erfolg gewertet, weil sie das Risiko mindert, Opfer einer Messerattacke zu werden.

Einen entsprechenden Antrag wird die CDU-Fraktion in die nächste Gremiensitzung der Stadtverordnetenversammlung einbringen. „Vorteile einer solchen Waffenverbotszone sind, dass Messer, die selbst keine Waffen nach dem Waffengesetz sind, verboten werden können und dass eine Waffenverbotszone nicht auf kriminalitätsbelastende Orte beschränkt, ihr räumlicher Geltungsbereich also viel breiter ist, als vielfach angenommen“, präsentiert Bouffier die Vorzüge einer solchen Waffenverbotszone. Nicht zu vernachlässigen ist nach Ansicht der CDU Gießen auch die Steigerung des Sicherheitsgefühls der Innenstadtbesucher, wenn eine Waffenverbotszone besteht.

Der Stadtverbandsvorsitzende der JU Gießen, Maximilian Roth, verweist darüber hinaus auf einen Beschluss des JU Landesverbands Hessen, wonach auf Gießener Initiative das geltende Waffenrecht geändert werden sollte. „Die Möglichkeit von Waffenverbotszonen muss in die Entscheidungsgewalt der größeren Städte übergehen, da die bürokratischen Hürden zur Einrichtung einer solchen derzeit zu hoch sind – Städte wie Gießen, Wetzlar oder Marburg können das derzeit nicht alleine entscheiden. Das ist misslich.“

*Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung*